

Bericht zum Epilog zum Kenia EDP 20 20 „Religionen als Partner für Frieden, Sicherheit und Entwicklung“ im Haus der EKD in Berlin am 10. September 2020

Tim Kuschnerus begrüßt als evangelischer Geschäftsführer der GKKE und Mitveranstalter. Gerne habe er die Anfrage des EDP nach der Absage der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) aufgegriffen, denn im EDP in Kenia habe er wichtige Lernerfahrungen nicht zuletzt für die Arbeit der GKKE-Fachgruppe Beitrag der Kirchen zu gerechtem Frieden in Afrika gewonnen. Religionen sind Partner für Frieden Sicherheit und Entwicklung, dies habe er am Beispiel des Coast Interfaith Council of Clerics (CICC) eindrucksvoll erfahren. Zur Moderation des Abends gibt er ab an Dr. Friederike Repnik, AGIAMONDO.

Ein Beitrag zur Umsetzung der friedenspolitischen Leitlinien

In seinem Grußwort (als Video-Statement) verweist Botschafter Ekkehard Brose, der Präsident der BAKS auf die friedenspolitischen Leitlinien der Bundesregierung „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ vom September 2017: auf die Umsetzung komme es an. Die BAKS fühle sich einem entsprechend breiten Sicherheitsbegriff verpflichtet. Das EDP habe einen Beitrag zur Umsetzung geleistet im Hinblick auf die Bedeutung und Stärkung ziviler und religiöser Akteure. Deshalb habe er die Absage dieser Epilogveranstaltung von Seiten der BAKS aufgrund der Epidemie umso mehr bedauert und wünsche nun einen guten Verlauf im Haus der EKD.

Eindrücke aus Kenia zu Auswirkungen von COVID 19 auf Friedens- und Menschenrechtsarbeit

Rose Oduor von Justice & Peace in Kariobangi, einem Slum in Nairobi und Julius Wanjama, Haki Yetu Organization, Mombasa, Gastgeber im Kenia-EDP berichten von den Auswirkungen der Corona-Pandemie und der Arbeit von zivilen Friedensakteuren vor Ort sowie den Implikationen für Good Governance.

Rose Oduor schildert, dass keine Treffen und kaum Austausch mehr möglich seien, dass viele Familien ihre Jobs und Einkommen verloren haben sowie häusliche Gewalt stark zunehme. In Kariobangi hätten staatliche Sicherheitskräfte ein „informal settlement“ zerstört: 6.000 Familien wurden obdachlos bzw. vertrieben, einige von der Polizei verprügelt und andere sogar festgenommen. Da Nairobi abgeriegelt war, konnten die Familien auch nicht zurück in ihre Herkunftsregionen aufs Land und lebten auf der Straße, soweit sie nicht bei Verwandten oder in Gemeinden unterkamen. Von staatlicher Seite wurden sie allein gelassen. Eine schwangere Menschenrechtsverteidigerin, die protestiert habe, sei sogar ermordet worden, ohne Untersuchung oder strafrechtliche Verfolgung. Die Probleme mit Korruption in der Regierung nähmen zu oder würden noch offensichtlicher.

Julius Wanjama berichtet, wie miserable Gesundheitsinfrastruktur sich in der Pandemie fatal auswirke. Die Mittel für Entwicklungsförderung würden meist an die Regierung gegeben, und so gebe es zu viele „Geisterprojekte“, z.B. ein Krankenhaus, von dem nur das Gebäude existiere, keine Ausstattung, kein Personal, keine Patienten. Lediglich Bilder vom Gebäude mit Aufschrift existierten für die Berichte an die Geber.

Zur Frage nach den Erwartungen an die Kooperation mit europäischen Regierungen erwidert Odour, notwendig sei in Kenia eine Menschenrechtsinstitution mit starkem Mandat und Kompetenzen, die

die Regierung davon abhalten könne, die Bevölkerung einzuschüchtern, Friedens- oder Menschenrechtsakteure fest zu setzen oder zu töten. Die Regierung rede zwar von Menschenrechten, aber vor Ort handle sie gegensätzlich.

Wanjama betont, man solle an die innerstaatliche Friedensvereinbarung (peace accord) von 2007/2008 anknüpfen und deren Empfehlungen endlich umsetzen, was angesichts eines „shrinking space“ für Friedens- und Menschenrechtsakteure immer dringlicher werde. COVID 19 habe die bereits vorhandenen Probleme und Konfliktlinien verschärft bzw. stärker sichtbar gemacht.

Botschaften von EDP Teilnehmenden an Politik und Gesellschaft

Ottmar von Holtz MdB, Vorsitzender des Unterausschusses Zivile Krisenprävention im Deutschen Bundestag, zeigt sich am stärksten beeindruckt von der Entschlossenheit der Menschen vor Ort, ihr Leben trotz aller Widrigkeiten zum Besseren zu verändern. Sein Gastgeber Julius Wanjama habe die Aufgabe eines klassischen Konfliktmediators sehr wirkungsvoll wahrgenommen, auch weil er die Konflikte vor Ort aus der Innenansicht kenne. Er bewundere seine hohe Professionalität, die er kürzlich auch in einem fachlichen Austausch per Videokonferenz mit Expert/innen für Zivile Krisenprävention gezeigt habe. Die Zivile Krisenprävention werde doch sehr europazentriert gedacht. In Deutschland käme niemand auf die Idee, Friedensakteure aus Afrika einzuladen, um von ihnen zu lernen. Er könne sich durchaus vorstellen, kenianische Friedensaktivisten in einem deutschen Konfliktfall um Rat und Hilfe zu bitten.

Den wesentlichen Beitrag von Religionsgemeinschaften und zivilen Akteuren sieht von Holtz darin, dass ihre Arbeit Konflikte lösen könne, die möglicherweise zu einem Flächenbrand auswüchsen.. So würden beispielsweise ökonomische Ungleichheit und deren fatale Auswirkungen auf das Zusammenleben immer wieder thematisiert. Religiöse Führungspersönlichkeiten würden sehr gut wahrgenommen und hätten großen Einfluss im Guten wie im Schlechten. Sie spielten oft eine entscheidende Rolle gerade in sich zuspitzenden Konflikten, wie das Beispiel von Kardinal Tumi in Kamerun zeige.

Tarek Abdelalem, Geschäftsführer von Islamic Relief Deutschland, schildert, die Gastfreundschaft in Kenia habe ihn an seine Jugend in Ägypten erinnert. Er habe sich gleich wie zu Hause gefühlt. Auch in Moscheen und Gemeinden seien die Menschen entspannt und könnten - auch wenn es um Religion geht - über alles reden, selbst über Themen wie die Bedeutung von Jesus. Sie seien sehr selbstkritisch, wenn es um gesellschaftliche Probleme geht, z.B. was Jugend betrifft. Sie kennten ihre Probleme und bemühten sich um Lösungen. Manchmal habe er den Eindruck gewonnen, dass die Regierung den ökonomischen Druck absichtlich erhöhe, damit die Menschen sich nicht wehren können. Die Religionsgemeinschaften in Kenia, soweit er sie kennengelernt habe, wollten im politischen Dialog dagegen angehen. Er sehe sehr wohl Chancen, dass dies gelingen könne, denn die zivilgesellschaftlichen und religiösen Anführer seien nahe bei den Leuten, hätten Autorität und eine gewisse Macht: „Sie haben **sehr viel soft power**“. Es gebe so viele menschliche Potentiale und Ressourcen, aber die Korruption sei ein Fass ohne Boden, die nicht nur viele Fördermittel verschlinge.

Erzbischof Dr. Ludwig Schick unterstreicht auch aus früheren EDP Teilnahmen etwa in Lateinamerika die Bedeutung der Lernerfahrungen: EDP sei sehr wichtig, um zu lernen, wie wir als religiöse Gemeinschaften hilfreicher werden können für unsere Gesellschaft. Im Slum von Kibera in Nairobi lebten ca. 700.000 Menschen, meist unregistriert. Kibera sei ein Auffangbecken für Leute, die

irgendwie zu überleben suchten. Sein Gastgeber, Scheich Abu Hamza, lebe mit seiner Familie dort und führe die Menschen im Slum zusammen. Aus Platzmangel dort habe er jedoch im Haus eines protestantischen Pastors gewohnt, der mit Abu Hamza zusammenarbeite. Das Interreligiöse Handeln gelinge, weil personale Solidarität da sei. Man helfe sich gegenseitig, friedlich zusammenzuleben und ermahne sich wechselseitig zur Gewaltfreiheit. Dieses interreligiöse Handeln sei eine große Chance für die interreligiöse Gesellschaft Kenias, für einen Wandel hin zu mehr Frieden, Solidarität und Gewaltfreiheit. Und es dürfe nicht vergessen werden: „**Entwicklung ist ein Langstreckenlauf!**“ Ideelle Hilfe sei ebenso notwendig wie materielle, unterstreicht Schick, z.B. Anerkennung und Wertschätzung, die Gastgebern und Facilitatoren wie auch den Projektpartnern in einem EDP entgegengebracht werde. Der Dialog zwischen Norden und Süden dürfe nicht hierarchisch von oben nach unten verlaufen, sondern „from face to face“. Natürlich sei auch finanzielle Hilfe notwendig, aber zuerst seien wir Lernende in der Begegnung.

Konsequenzen für die Arbeit in Deutschland

Von Holtz plädiert für das Schaffen von Möglichkeiten, sich mitzuteilen und zu berichten. Dies sei für Akteure wie Julius Wanjama entlastend und stärkend. Selbstkritisch habe er sich gefragt, wie weit wir in Sachen Entwicklung, Sicherheit und Frieden mit dem ressortübergreifenden Handeln in Deutschland und Europa seien. Und immer wieder müsste er sich und andere daran erinnern, dass Afrika in Osten, Westen, Süden und Norden und in den verschiedenen Ländern sehr verschieden sei. Bei interreligiösem Dialog und Kooperation müssten auch die säkularen Teile der Gesellschaft einbezogen werden. Er selbst sei säkular. Auch hier in Deutschland könne man Region nicht außen vor lassen. So gehe er auch in seinem Wahlkreis auf Religionsgemeinschaften zu. Aus seiner Sicht brauche es institutionelle Dialogplattformen für interreligiösen Dialog und Zusammenarbeit vor allem vor Ort sowie eine Vernetzung über alle Ebenen hinweg. Es brauche einen inklusiven Dialog, der Jugendliche, Frauen und nicht Ordinierte einbeziehe.

Abdelalem betont, dass Partnerschaft auf Augenhöhe für ihn die wichtigste Konsequenz sei. Ohne Beteiligung der Partner vor Ort gebe es keine nachhaltigen Lösungen. Ob Entwicklungsprojekte, auch von Islamic Relief, Wirkung erreichen, hänge davon ab. Über 60 Milliarden seien weltweit gegen Trockenheit und Wüstenbildung ausgegeben worden, aber gibt es nachhaltige Lösungen? Wir brauchen die Zivilgesellschaft vor Ort, und Religionsgemeinschaften haben eine stärkere Power dort. Terrorismus habe viel mit starker Frustration und fehlenden Perspektiven zu tun. Gehen etwa Jugendliche zu islamistischen Fundamentalisten, weil sie das ideologisch gut finden? Nein, es gehe um ökonomische Anreize, sie gehen zu den Milizen, weil sie Geld und einen eigenen Lebensunterhalt verdienen können.

„Wir müssen uns mehr **gemeinsam** Gedanken über Gott machen. Unser Gott ist ein Gott des Lebens, der Leben für alle will.“ unterstreicht Erzbischof Schick auf die Frage, was er für Deutschland über interreligiöse Zusammenarbeit gelernt habe. Das sei eine tragfähige gemeinsame Grundlage für interreligiösen Dialog und interreligiöse Zusammenarbeit. Man müsste über die eigene Kirche, die eigene Religion hinausschauen: was können wir von anderen lernen? Schließlich sei Gott ein guter Geist, der Leben will und uns zu einem guten Miteinander inspiriere.

Schlussfolgerungen für den Primat der Zivilen Krisenprävention

In seinem Video Statement betont **Markus Grübel MdB**, der Beauftragte der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung BMZ, dass die Corona Pandemie einen längst begonnenen Trend der Beschränkung von Religionsfreiheit und zivilgesellschaftlichem Engagement fortsetze und verstärke. So etwa würden Blasphemie- Gesetze in Myanmar angesichts der Corona Pandemie genutzt, um Muslime weiter zu diskriminieren. Deutschland werde sich weiter für offene Gesellschaften einsetzen und setze dabei auf bilateralen Dialog mit Drittstaaten. Die Bundesregierung wende sich entschieden gegen shrinking spaces, wenn etwa religiöse Akteure an der Registrierung als eigenständige Vereine gehindert würden. Religion sei im säkularisierten Deutschland und in Westeuropa lange unterschätzt worden. Für 80% der Menschen weltweit aber sei Glauben wichtig. Wer Religionsfreiheit stärke, stärke Menschenrechte. Es brauche eine gewisse Trennung von Staat und Kirche, aber auch eine Zusammenarbeit mit Religionsgemeinschaften. Der Staat dürfe nicht wertneutral sein. Aufgabe des Staates sei es, Unterdrückung von Religionen oder einzelnen Religionsgemeinschaften zu verhindern, so dass sich die Potenziale der Religionen entfalten könnten.

Religion und Konflikt, da gebe es ein ambivalentes Verhältnis: zwei Drittel aller Konflikte hätten eine religiöse Komponente. Im Nordirak habe er gesehen, wie jesidische, christliche und muslimische (Sunniten) Religionsführer durch ihre Zusammenarbeit die Konfliktlage entschärft hätten. Es gelte **den Zusammenhalt gegen fundamentalistischen Missbrauch von Religion zu stärken**. Entwicklung und Frieden könnten dann nachhaltig gefördert werden, wenn staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure an einem Strang ziehen. In diesem Sinne sei die Arbeit des EDP e.V. ein wichtiger Beitrag zu einer werteorientierten Entwicklungszusammenarbeit.

Dr. Daniela de Ridder MdB, stellvertretende Vorsitzende im Auswärtigen Ausschuss und im Unterausschuss für Zivile Krisenprävention, zeigt sich beeindruckt von der analytischen Präzision der beiden Akteure und Gastgeber aus Kenia. Die Schilderung von Rose Oduor über Auswirkungen von Korruption erinnere sie an den Grundsatz von „do no harm“. Ihr sei deutlich geworden, dass der Einsatz für Rechtsstaatlichkeit auch eine emotionale Komponente habe. Voraussetzung sei die Sensibilität für Unrecht. Die Wirkkraft der Mediation in Friedensprozessen sei auch von der sozialen Einbindung der Mediatoren abhängig. Sie frage sich, was man nun mit solchen Berichten anfangen, da man doch „evidence-based“ arbeiten wolle. Es brauche großen Mut, unter den prekären Bedingungen wie derzeit in Kenia die shrinking spaces als zivile oder religiöse Akteure zu nutzen. „Wie nun die Mutigen bestärken?“ Ein erweiterter Begriff von Sicherheit habe sehr viel zu tun mit der Bekämpfung von Hunger und Armut.

In jeder Krise liege eine Chance, die sehe sie bei der Corona Pandemie vor allem in der Digitalisierung. Es gelte, digitale Formate zu stärken, um sich gegenseitig zu unterstützen. Hier müsste man kreativ auch neue Settings erfinden, Formate, die wechselseitig stärken und ermutigen. Auswärtiges Amt, BMZ aber vielleicht auch die Landwirtschaftsministerin müssten in solche Formate eingebunden werden. Sie sei auch Vertreterin in der Interparlamentarischen Union (IPU) und gerade in der digitalen Kommunikation brauche es präzise Fragestellungen. Man müsse mutiger, politische Implikationen der Außenhandelspolitik z.B. der Sanktionspolitik thematisieren. Das Monitoring von EZ-Geldern müsse unter Beteiligung der Partner ausgewertet bzw. evaluiert werden.

Religion könne ungeheuer produktiv wirken. Ihre wichtigste Bedeutung liege in der **Kraft der Hoffnung**, die essentiell sei, in dem Vertrauen auf ein besseres Morgen, in der Hoffnung auf Frieden und in der Nächstenliebe. Gerade in zugespitzten Situationen erfordere es Mut zum interreligiösen Dialog. In begrenztem Umfang habe sie dies als Lutheranerin in der katholischen Arbeiterbewegung (KAB) praktiziert.

Die **Friedenspolitischen Leitlinien** sieht de Ridder als wesentliche Grundlage ihrer Arbeit. Deutschland solle seinen Sitz im Sicherheitsrat nutzen, z.B. um das „gender reporting“ stärker durchzusetzen. Dabei gehe es nicht nur um die Beteiligung von Frauen in Konfliktmediation und Post Konfliktsituationen. Was passiert mit Jungen und Männern, wie sieht es aus mit den Männlichkeitsbildern, diese Gender-Fragen betreffen auch die Religionen. Sie halte eine geschlechterorientierte Außenpolitik für notwendig. Deutschland habe einen guten Ruf, was Menschenrechte, Menschenrechtsarbeit und Konfliktprävention betrifft; dieser sollte durchaus mutiger eingesetzt werden. Z.B. werde man von Kamerun aufgefordert, endlich was zu tun. Die Leitlinien müssten tatsächlich das praktische politische Handeln anleiten. Wichtig sei auch deren Evaluation, so sei im nächsten Jahr der Bericht zur Umsetzung der Friedenspolitischen Leitlinien nach vier Jahren fällig. Sie werde sich vornehmen, im Auswärtigen Ausschuss regelmäßiger vom Unterausschuss zu berichten.

Bodo von Borries, VENRO, berichtet aus dem Beirat Zivile Krisenprävention: in der EU-Ratspräsidentschaft liege eine Chance, die Leitlinien auch auf EU-Ebene bekannter zu machen, vielleicht auch zu implementieren. Er weist auf die Jahreskonferenz am 2. Oktober 2020 in Berlin hin, dort gehe es vor allem um die dringend notwendige Bildungsarbeit.

Dirk Ackermann, Leitender evangelischer Militärdekan : er habe in Kenia beobachtet, dass Religionen staatliche Dysfunktionalitäten ausgleichen und Aufgaben übernehmen, die eigentlich staatliche Aufgaben seien. Dies aber könne keine nachhaltige Lösung sein, illustriert er am Beispiel Kataster.

Misereor habe in einigen Ländern auf Einführung von Kataster gedrängt und dies vorbereitet, so Erzbischof Schick. Wenn der Staat nicht tätig werde, sei es notwendig Druck aufzubauen, denn fehlende Kataster führten auch zu Vertreibungen und anderen schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen, wie dies aus Lateinamerika und Afrika bekannt sei. Misereor und Missio unterstützten Gruppen in interreligiöser Zusammenarbeit und würden friedenspolitische Qualifizierung anbieten.

Tim Kuschnerus berichtet von einer Desk Studie der GKKE im Middlebelt in Nigeria zur Friedenserziehung christlicher Akteure. Hier gebe es ein großes Potenzial bei faith based organizations (FBO). Aber die Möglichkeiten würden nicht annähernd ausgeschöpft und die Qualität dieses Unterrichts sei oft nicht ausreichend.

Jörg Hilgers weist auf im EDP wahrgenommene Ambivalenzen hin, etwa dass Frauen oft starke Akteurinnen in Menschenrechts- und Friedensarbeit seien, aber in ihren eigenen Religionsgemeinschaften immer wieder marginalisiert würden.

In ihrem Resümee unterstreicht die Moderatorin Dr. Friederike Repnik die Bedeutung von gemeinsamem Lernen, der Vielfalt der Potenziale religiöser Akteure und der Bedeutung von Begegnung und solidarischer Verbundenheit.

Dank und Ausblick

Für den EDP e.V. danken Jörg Hilgers und Gertrud Casel der Moderatorin des Abends Dr. Friederike Repnik, den Mitwirkenden (Dr. Daniela de Ridder, Ottmar von Holtz, Erzbischof Schick und Tarek Abdelalem), den per Video zugeschalteten aus Kenia, aus BAKS und BMZ, den EDP Teilnehmenden und allen Teilnehmenden an diesem Abend, sowie dem Mitveranstalter GKKE mit ihren Geschäftsführern Tim Kuschnerus und Dr. Jörg Lürer..

Casel dankt Hilgers und dem EDP Team und den Kollegen in der BAKS, vor allem Jan Eylmann, der seit März bis Ende August die Vorbereitung in allen Hochs und Tiefs kontinuierlich mitgetragen habe. Sie hoffe, dass die Programmlinie zu Frieden, Sicherheit und Entwicklung im Kontext von SDG 16 weitergehen könne. Man sei im Gespräch mit dem BMZ. Sie hoffe auch, dass die Kooperation mit der BAKS und dem BMZ weitergehen könne. Dies auch um die Friedenspolitischen Leitlinien im inhaltlichen Portfolio der BAKS zu stärken. Im Beirat der BAKS wolle man demnächst über zukünftige Dialogplattformen beraten. Sie werde dort gerne, so Casel, die guten Erfahrungen aus Prolog und Epilog zum Kenia EDP einbringen.

Trier, den 14. September 2020

Gertrud Casel